

Arbeiterstimme

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Mittwoch, 8. Juli 1925

Nummer 72

Erfämpft die Vollamnestie für die politischen Gefangenen!

Nieder mit der Klassenjustiz!

Die Hindenburg-Luther-Regierung hat seit Beginn der Reichspräsidentenschaft des Generalfeldmarschalls eine Amnestie angekündigt, die jetzt noch nicht endgültig vorliegt. Das, was wir inzwischen erfahren haben, zeigt aber ganz deutlich, daß man mit dieser Amnestie nur die Freunde der Reaktion, die Feinde des Proletariats aus den Kerker entlassen will. Alle die Proletarier, die in den Osterlagern des Jahres 1923 gegen die Vormärche der Faschisten mobilisierten und rüsteten, die in der Inflationzeit durch Not und Entbehrung zu Verbrechen gegen das bürgerliche Staatssystem getrieben wurden, sollen in den Gefängnissen bleiben. Weiter beschäftigt man die Landtage mit den Amnestieentwürfen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten. Die Kommunisten verlangen eine Landesamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen, auch für solche, die von den Klassenfeinden wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz eingekerkert worden sind. Gleichzeitig beantragte die kommunistische Fraktion, die sächsische Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung zu verlangen, daß die von dieser angekündigte Amnestie ausgedehnt werde auch auf die Angeklagten, die wegen nach dem Oktober 1923 begangener politischer Vergehen oder Verbrechen bestraft oder verfolgt werden.

Weiter verlangten die Kommunisten die Ausdehnung der Amnestie

auf die sogenannten Landesverrats- und Hochverratsverfahren, sowie Sprengstoffvergehen, auch aus Not begangene Vergehen oder Verbrechen, sowie auch Vergehen oder Verbrechen gegen die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches (Abtreibungsparagrafen).

Gegen diese Anträge stand die geschlossene Front der Sozialdemokraten und übrigen bürgerlichen Parteien. Die

Die Klassenjustiz gegen die Proletarier

Donn. 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Schöffengericht verurteilte den Genossen Schreiber in der Berufungsverhandlung wegen Sprengstoffvergehen zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und den Genossen Rudolph wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Wiener Polizei gegen den internationalen Genossenchaftstag

Wien, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Eine große Massenversammlung der KPÖ. anlässlich des Genossenchaftstages am Sonnabend wurde in letzter Stunde verboten, wahrscheinlich wegen des geplanten Protestes gegen das Schandurteil gegen die Genossen Arbeiter.

Das Wahlrecht in Oesterreich

Wien, den 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern gemeldete Verhaftung und bevorstehende Ausweisung des reichsdeutsch-politischen Flüchtlings Werner Hirsch ist keine vereinzelte Maßnahme. Vielmehr wird bekannt, daß in nächster Zeit alle von der Klassenjustiz ihrer Heimatstaaten verfolgten Revolutionäre ausgewiesen werden. Im Auftrag des Wiener Polizeipräsidenten Schober wurde aller Emigranten mitgeteilt, daß die Wien in kürzester Zeit verlassen müssen. Als "Gründe" werden schlechte Erwerbsverhältnisse für die einheimische Bevölkerung und ähnliche Mängel angegeben.

Massen-Aufmarsch gegen den Zollwucher

Berlin, den 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die KPÖ. hatte gestern in ihren öffentlichen Kundgebungen gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Hindenburg-Luther-Regierung aufgerufen. Es sprachen Ruth Fischer, Koerner, Götzer u. a. Gemüthliche Versammlungen wiesen sehr kalten Empfang der Arbeiter auf.

Kran, den 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer am Sonntag festgesetzten Protestversammlung des LDB. gegen die Zollvorsätze der Regierung wurde einstimmig eine Resolution angenommen für die Gewerkschaftseinheit und für die Vollamnestie.

Für die Einheitsfront der Bergproleten

Rechtlinghausen, den 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der LDB. rief zu einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung auf.

Wehrheit des Landtages lehnte die Amnestieentwürfe der Kommunisten und linken SPD. ab.

Arbeiter! Klassengenossen!

Seit Jahren wütet die Klassenjustiz in Deutschland in der skandalösesten Weise.

Rechtsverbrecher, Faschisten und Sakentkruizer laufen frei herum

ohne daß ihnen, ganz gleich welcher Art ihre Verbrechen sind, etwas geschieht. Demonstrierende Arbeiter, die gegen den Hunger, die Inflationspekulationen und den Wucher auf die Straße zogen, wurden wegen Landesverrat zu schwersten Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.

Chelische Arbeiter, die sich vorbereiteten, gegen den Kulmarisch der Reaktion zu kämpfen, schmachten hinter Kerkermauern. Ministermörder werden mit allen Ehren großer Helden empfangen und behandelt.

Die zynische, brutale Ablehnung der Amnestieforderung, verbunden mit der frechen Verhöhnung der politischen Gefangenen in der getriggen Landtagsitzung muß für die gesamte sächsische Arbeiterklasse sein,

den Kampf um die Amnestie zu verstärken.

Protestiert in Betriebsversammlungen gegen die weitere Festhaltung der Klassengenossen! Die proletarischen Kämpfer, die jetzt in Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten, leiden und dussten für das gesamte Proletariat und seine Befreiung aus den Banden des Kapitalismus. Verstärkt euren Ruf:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Zeichnet Unterschriften für die Amnestie!

Dort telegraphierte Janschi aus Berlin. Er betonte die Notwendigkeit der Einigung der Bergarbeiter. Ebenfalls sprach ein Anonimist Brüll. Er reichte eine Resolution ein, in der die Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes der Bergarbeiter festgestellt und die gewerkschaftliche Einheit aller Bergarbeiter verlangt wird. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der sozialdemokratische Korruptionswump

Berlin, den 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Seltener wurde der Expolizeipräsident Richter vom Vormonat zurück ernannt. Heutend sprach Richter, daß er das erzielte den Ausscheid beklammert habe. Nur dem Zurechen des Arbeitverweisers Kuttner gelang es, zu verhindern, daß Richter aus Angst vor dem Zuchthaus die ganze Wahrheit sagte. Was er sagte, genügt aber, Heilmann wegen Weineid schuldig zu machen.

Mordjustiz!

(T.) Berlin, den 7. Juli. Professor Dr. Levin sagte weiter aus, daß infolge der chronischen Vergiftung Dr. Hoelle schon Mitte Februar ein verlorener Mann gewesen sei. Als unverständlich bezeichnet Levin die Aussagen des Oberstaatsanwalts Linde nach einem Besuch am 18. Februar: Dr. Hoelle habe vernünftig gelautet. Ebenso die Feststellung von Dr. Stoermer vom Tage darauf: der Zustand Dr. Hoelles sei nicht ernst. Weiter die Aussage des Gefängnisdirektors: Dr. Hoelle habe ihn verhandlungsfähig angesehen. Das Gutachten lautet die Annahme eines Selbstmordes bei Dr. Hoelle nicht ab. Im weiteren Verlauf der Sitzung erhaltete Professor Dr. Joachimowski sein Gutachten. Er stellte im Falle Hoelle eine laubmürrte Vergiftung von Kuminal und Tantalopon fest. Wenn im Vorstreich pflichtgemäß gehandelt worden sei und besonders die Ministerialverordnung rechtzeitig angeordnet worden wären, hätte es einen Fall Hoelle nicht gegeben. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

Die Deftentlichkeit kann sich einen Begriff von den Zuständen in den deutschen Gefängnissen machen. Die ganze Verurteilung der untergehenden bürgerlichen Gesellschaft ist dies am deutlichsten zutage. Was geschieht erst mit den Proleten, wenn ein Minister von den "Hutern von Recht und Gerechtigkeit" vergiftet wurde.

Arbeiter, erzwingt die Freilassung der politischen Gefangenen, laßt sie nicht in den Krallen der Justiz.

Erneute Niederlage der Linken

Am Sonnabend und Montag verlobete die gesamte sozialdemokratische Presse in Sachsen mit lautem Jubel den Beschluß des Parteivorstandes, der jetzt eine Einigung der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen herbeiführen würde. Der Parteivorstand habe die Auflösung des Landtages bestimmt, um mit der Auflösung den Konflikt in der Sächsischen Sozialdemokratischen Partei zu erledigen. Am getriggen Tage zeigte sich, daß es mit diesem Jubel der Sozialdemokraten reichlich kühl war und daß es nicht darum ging, den Linken eine Vormachtstellung in Sachsen einzuräumen, sondern daß es auf eine vollständige Unterwerfung der Linken ankam. Schon der Beginn der getriggen Landtagsitzung bewies bei der Geschäftsordnungsdebatte, daß die Rechten gar nicht gewillt waren, auf den von den Linken gestellten Auflösungsantrag einzugehen. In einer am Vormittag abgehaltenen Sitzung der rechten Sozialdemokraten hatten diese beschlossen, den Antrag des linken Flügels der sozialdemokratischen Fraktion auf Auflösung abzulehnen. Es waren zwar die Vertreter des Parteivorstandes eingetroffen, die sich sehr stark bemühten, eine Einigung herbeizuführen, jedoch war dieses nicht gelungen. Die Rechten blieben nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen. Man erfuhr, daß Heldt in der Sitzung eine Erklärung abgegeben, welche die Auflösung des Landtages jetzt schroffstens ablehnte. Die Linken verhielten während des ganzen Tages zu rechten, was von ihren Positionen noch zu retten war. In ihrem ganzen Verhalten zeigten sie sich zu den weitgehenden Konzessionen an die Rechten bereit. Sie unternahmen alles, um möglichst lange Zeit für Verhandlungen zu gewinnen. Sie lehnten gemeinsam mit den gelamten übrigen bürgerlichen Parteien einen Antrag, die Auflösung als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln, ab. Und um noch längere Möglichkeiten zu Verhandlungen zu bekommen, beantragte sie die Debatte zur Beratung des Haushaltgeleges, beschlossen gemeinsam mit den übrigen bürgerlichen Parteien, den Auflösungsantrag erst dann auf die Tagesordnung zu stellen, wenn das Haushaltgesetz erledigt sei. Alle diese Manöver zeigen, daß die Linken sich gegenüber der Haltung der 23 in einer außerordentlich schwachen Position befinden. Am Schluß der Sitzung, als die Frage der Behandlung des Auflösungsantrages für den nächsten Tag als ersten Tagesordnungspunkt nochmals gestellt wurde, veruchte Liebmann zu einem Kompromiß zu kommen, bei dem er die Absicht der Verschleppung und die schwache Position der linken Helden recht deutlich enthielt und in der der Präsident Winkler den Standpunkt der Rechten schon recht klar durchblicken ließ. Liebmann fragte den Präsidenten, ob geplant sei, den Auflösungsantrag in sofortige Schlußberatung zu nehmen, wenn dies nicht gelänge, werde man auf die dritte Lesung des Haushaltgeleges verzichten können, andernfalls jedoch müßte man auf der dritten Lesung bestehen. Winkler erklärte darauf, daß man sich schlüssig geworden sei, den Antrag in sofortige Schlußberatung zu nehmen. Das zeigt also, daß die Rechten den Antrag ablehnten.

Bezeichnend ist, daß der "Vormärts", das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, bis heute den Auflösungsantrag der Linken absolut nicht erwähnt hat. Zwar befreizigten sich die Linken gestern eines möglichst unabhängigen Verfassens gegenüber ihren feindlichen Führern und Himmen gegen eine ganze Anzahl kommunistischer Anträge auch in der Amnestiefrage mit den Rechten gemeinsam. Man hat zwar dann die Verhandlungen noch bis in die Nachtstunden hinein fortgesetzt, jedoch dürfte das Resultat dasselbe geblieben sein. Wie weit die Linken zu einem Entgegenkommen bereit waren, beweist, daß die wir hörten, ein Kompromiß annehmen wollten, daß der Landtag vorläufig vertagt, aber nach kürzerer Frist als anfangs geplant, einberufen und dann aufgelöst würde.

Bezeichnend für die politische Einstellung der linken Opposition in Sachsen ist, daß diese ohne Bedenken bereit waren, sich sofort wieder mit den 23 auszusöhnen und sie als vollwertige Mitglieder der Partei zu dulden. Kein Wort wurde gesprochen über die Verhinderung der Gemeinverordnung. Um die "Einheit der Partei" zu wahren, sind die Linken bereit, viele Verhandlungen der Gemeinverordnung, diesen Raub der Arbeiterrechte ohne ein Wort des Protestes zu schaden. Die schwächliche und feige Haltung der Linken erhielt gestern durch das Verhalten der 23 die richtige Beleuchtung. Interessant wird sein, was der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei unternimmt, wenn die 23 den Antrag auf Auflösung ablehnen. Er wird sicherlich den nach seinen Erklärungen verdienten sozialdemokratischen Parteigenossen zur Seite stehen und erklären, daß der Schritt der jüngeren Schulmeister und Redaktoren, noch die sozialdemokratische Minderheitsfraktion einen Auflösungsantrag zu bringen, mit den Beschüssen des Parteivorstandes absolut nicht übereinkomme. Die Rechten werden sich darauf freuen, daß die Schiedsgerichtsverfahren noch nicht erledigt sind und daß ein solcher Auflösungsantrag nur von der linken Fraktion gestellt werden dürfe. Die Arbeiterklasse muß aus diesem Vorgehen endlich lernen, daß sie in dieser Partei nicht verbleiben darf. Nützliche proletarische Klassenkämpfer

haben in der Sozialdemokratischen Partei schon lange nichts mehr zu suchen. Eine Partei, in der nach den Feststellungen der letzten Wahlen die Arbeitervertreter die Politik des Unmenschen, die Partei des Proletariats. Die jährlichen Arbeiterkongresse haben sich aber auch überlegen, ob es für sie noch möglich ist, mit diesen Linien, die sofort bereit waren, die Partei zu verlassen, als Vertreter Bezeichnungen freundschaftlich wieder anzunehmen, sich mit ihnen auszusöhnen, zusammenzugehen zu können. Jeder ehrliche Arbeiter wird erklären, daß er dieser ganzen Gesellschaft, ob Linke oder Rechte, schnellstens den Rücken wendet und die Partei des Arbeiterverrats und der Schwächlinge verlassen muß.

Nicht nur in der schwächlichen Haltung, in der Bereitschaft zu jedem Kompromiß gegenüber den Rechten wurde gesteuert die Stellung der sozialdemokratischen Kinderheit belächelt, sondern auch in den Ausführungen, die der Abgeordnete Edel insbesondere zu den Kammerleuten in der gestrigen Landtagsführung machte. Während die Kommunisten mit ihrer Kammerleutenforderung für die proletarischen Klassenkämpfer, für die bessere Behandlung der politischen Gefangenen kämpften, führte Edel, zwar mit gutem Material ausgestattet, einen „Kampf“, aber nur um die Befreiung Feigens und um die Rechte der republikanischen Beamten gegen die reaktionäre Beamtenliste. Die Linken traten auf als die Vertreter des gemäßigten Bürgerturns gegen den reaktionären. Von Klassenkampf wollen diese Buchen genau so wenig wissen wie die Rechten.

Aber alle diese tapferen Beweise, daß sie doch auf einer Linie mit den Rechten stehen, konnte diese nicht rühren, mit den Linken sich auszusöhnen. Die „offene Bruderhand“ wurde schroff zurückgewiesen. Der freudigen Bereitschaft der Linken, sich mit den Agenten der Bourgeoisie, den Lakaien des Kapitals, den Hausknechten der Reaktion auszusöhnen, wurde die kalte Schulter gezeigt.

Die Arbeiter Sachens stehen nun vor einer Wahl, die ihnen nicht mehr schwer fallen kann. Auf der einen Seite die 23 und auf der anderen Seite die politisch charakterlosen und im Grunde gleich eingestellten „Linke“. Gleiche Kräfte, gleiche Kappen! Mit diesen und ihrer Partei bindet die Arbeiter nichts.

Deswegen heraus aus dieser Partei! Kämpft mit der SPD!

Tapfere Söhne großer Väter

Wie schlägt das Reichsbanner die Republik?

Die Demokratische Partei enthält in sich bekanntlich die unersäthlichen Kämpfer der Freiheitskämpfer von 1848. Und ebenso bekanntlich befehlt sie sich zumachen mit Schwarz und Rot mit dem Schutz der Republik, wobei Herr Gehler und seine Kackhellen bereits die schönsten Erfolge gegen die Arbeiter aufweisen können.

Bisher haben die Kommunisten den wichtigsten Republikanismus den Vorwurf gemacht, daß sie nicht gegen die Deutschnationalen kämpfen. Welch niederträchtige Verleumdung! Sie ist zurückgewiesen! Auf dem Parteitag der Demokratischen Partei hat der Reichstagsabgeordnete Erich Koch gezeigt, wie die Demokratie ihre Tradition wahr. Nach dem offiziellen Bericht der „Vollst.“ hat er sich folgendermaßen geäußert:

Die Taktik der demokratischen Fraktion gegenüber der Außenpolitik (der deutschnationalen Reichsregierung) werde zurückhaltend sein. Deber werde sie durch vorzeitige Zustimmung der Rechten die Verantwortung abnehmen, noch werde sie dem Ministerium bei den kommenden Verhandlungen von vornherein Knüttel zwischen die Beine werfen. Aufgabe einer Partei und bewussten Opposition sei es vielmehr, die Regierung warnen zu lassen und sich hinterher über das Schicksal mit ihr abzusprechen zu unterhalten.

Ust das nicht ein heroischer Kampf? Diese demokratische Opposition zusammen mit der zentralistischen Nächstenliebe zu den Monarchisten und den zahlreichen Beweisen, die die Sozialdemokratie dafür geliefert hat, daß die Sprüche vom Schädelentsagen nur gegen die Kommunisten gilt — wahrhaftig, ein solcher „Vollst.“ muß gegen deutschnationale Reichsrunder- und monarchistische Gesetze freigeht sein!

Auf diese vehemente Opposition muß man wirklich das Meiste einer Jungfrau anwenden, die sich ohne Widerstand vergemaltigen läßt, um nachher mit launigen Worten ihre Keuschheit zu verteidigen. Nur daß der Volksmund eine derartige Geule von „Jungfrauen“ mit einem Namen belegt, der zwar weniger wohlklingend ist, dafür diese „Opposition“ aber desto treffender kennzeichnet!

Das Zentrum verlangt die Beseitigung des Wahlrechts

Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Germania“ fordert in einem Leitartikel von der Luther-Regierung energisch die Beseitigung des Reichstagswahlrechts. Um was es dem Organ für die demokratische Republik geht, geht daraus hervor, daß es die Sozialdemokraten beschwört, sie sollten doch ja mit von der Partie sein, denn der Zentrumswahlrechtsantrag läme doch nur ihnen zugute, da dadurch die Kommunisten aus dem Parlament ausgeschaltet würden. Die jetzigen Wahlrechte mit den Parteilisten sollen beseitigt werden, damit die „Persönlichkeit“ zur Geltung kommen soll. Das Wahlalter soll auf 25 Jahre heraufgehoben werden. Also noch reaktionärer als vor dem Krieg.

Bürgerliche Wissenschaftler gegen die 30%

Am Montag trat der vom handelspolitischen Ausschuss des Reichstages eingesetzte Ausschuss für die Agrar-Enquete zusammen. Der Ausschuss, der aus Sachverständigen und Abgeordneten zusammengesetzt ist, soll ein Gutachten über Notwendigkeit und Wirkung der Agrarzölle abgeben. Trobden natürlich feststeht, daß sich das Industrie- und Agrarapital durch das Urteil dieses Ausschusses in keinem Willen, die Agrar- und Industriezölle durchzusetzen, nicht beeinflussen lassen wird, ist die Stellungnahme der ersten bürgerlichen Wissenschaftler zu den Agrarzölle von Bedeutung. Und, was bereits aus den Untersuchungen des Reichswirtschaftsrats bekannt ist, die führenden Wissenschaftler wenden sich gegen die Agrarzölle. Nicht etwa vom parlamentarischen Standpunkte aus kommen sie zu diesem Schluss, sondern vom bürgerlichen, vom kapitalistischen Standpunkt aus erklären sie: die Zollpolitik führt zur Restriktion für die Wirtschaft und verzichtet die Konsumkraft in Deutschland. Das war das Ergebnis des ersten Referats über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, des Professor Schring hielt, eine erste Zusammenfassung. Natürlich zog er daraus keine Schlüsse. Er kommt zu folgendem Kompromiß: Getreidezölle sind zur Zeit unentbehrlich, es sind aber Getreidezölle herabzusetzen, sogenannte Zwischenzölle; zum Ausgleich sollen Agrarzölle auf sogenannte Veredelungsgegenstände, Rohprodukte, Gemüse usw. eingehoben werden. Natürlich sprach sich der Sachverständige

Professor Schring nicht unter anderem aus, daß seit Jahrzehnten eine Preissteigerung der Bodenzeugnisse zu verzeichnen ist, was durch einige Agrarfraktionen unterbrochen wurde. Die Preissteigerung hat sich gestillt. Man kann sagen, die Agrarzölle ist zu Ende, und mit großer Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß die Getreidepreise für die Zukunft wieder steigen, genau wie vor dem Kriege. Zu demselben Ergebnis kommt eine englische Enquete. Zwar wird darin gesagt, daß mit Rücksicht auf die Lage in der Welt, aber selbst das glaube ich nicht. Die Dinge liegen heute anders, als in den letzten Jahren, als ich ein Führer für die Agrarzölle war.

Die Genossen Haerz und Dr. Alexander gänger auf die Fragen, die die kommunistische Fraktion an diesen Ausschuss stellte, ein. Die Fragen lauteten folgendermaßen:

In welchem Maße müssen die vorgeklagten Industriezölle zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, und in welchem Maße müssen die landwirtschaftlichen Zölle zur Erhöhung der industriellen Produktionskosten beitragen? Was soll geschehen, um die auf Export angewiesene Industrie trotz erhöhter Produktionskosten leistungsfähig zu erhalten?

Wird nicht die Ausweitung der Auslandskonkurrenz in den landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Industriezweigen zu einer Ausweitung jeder Konkurrenz überhaupt und damit zu einem produktionshemmenden Preismonopol führen? In welchem Maße besteht die Gefahr der Dumping-Ausfuhr auf Kosten der inländischen Verbraucher?

Darauf antwortete Schring, daß er ganz der Meinung sei, daß wir mit den Hochzöllen einen gefährlichen Weg gehen. Denn, wenn wir in mechanischer Weise auf Industriezölle mit Agrarzölle antworten, dann erhöht damit automatisch ein Produkt des Preils des anderen. Es führt zu nichts, wenn wir unsere Grenzen mit Zöllen verbauen, das können wir nicht ertragen, es bringt den Zusammenbruch. Auf einen Jurist Richters erklärte Schring dann: Wenn ich Landwirt wäre, würde ich gegen die unerschämten Industriezölle ankämpfen. (1).

Das Ergebnis dieser ersten Sitzung der Enquetekommission des Reichstages brachte eine Niederlage der Zollwächter. Die Kommission wird eine Woche lang tagen.

An die Parteidelegierten!

Der nächste Parteitag der SPD wird eröffnet am Sonntag, den 12. Juli 1925, vormittags 11 Uhr im Plenum des preußischen Landtages (Eingang Prinz-Albrecht-Straße).

Am Abend um 7 Uhr findet eine Eröffnungsveranstaltung im Großen Schauspielhaus (nahe Bahnhof Friedrichstraße, am Circus, Karlstraße).

Für Parteimitglieder werden täglich Fahrkarten ausgeben. Auswärtige Genossen sollen sich vorher beim Organisationsbüro melden.

Für Delegierte und Gäste ist im Landtag, Zimmer 18, eine Weibekasse eingerichtet, welche bereits ab Sonnabend, den 11. Juli 1925, mittags 12 Uhr (bis abends 10 Uhr), Delegierten- und Gastschlafstellen ausweist und die Quartiere anweist.

Für Telefon-, Telegramm- und Briefverkehr ist eine Postkassette des Parteitages im Landtagssgebäude eingerichtet. Telefonnummern: Berlin-Zentrum 9041 bis 9046 und 3196 bis 3199. Telegrammadresse: Preußischer Landtag Parteitag Berlin.

Die Reichsrauentouren

findet am Sonnabend, den 11. Juli 1925, vormittags 10 Uhr, im Landtag Saal 17a (Eingang Prinz-Albrecht-Straße) statt. Früher ankommende Delegierteinnen werden sich Kolonnenstraße 38 (Hol) Abteilung Frauen.

Die Räuber schaffen „Ordnung“ in China

Paris, 8. Juli. (Teleunion.) In der Kammer fragte ein Abgeordneter den Außenminister Briand über die Abkommen, die Frankreich mit Amerika, England und Japan über China abgeschlossen habe. Briand antwortete, durch die Abkommen soll die Selbständigkeit Chinas gewahrt werden. Außerdem soll in China wieder Ordnung hergestellt werden, um eine feste Regierung zu ermöglichen, die das Volk aus dem Lande herausziehen könne. Briand erklärte weiter, in spätestens drei Monaten wird eine Konferenz einberufen, um die allgemeine Lage zu klären. Frankreich hat China gegenüber bisher eine Politik der traditionellen Freundschaft verfolgt und denke nicht daran, sich davon abzuwenden. Es sei wahrscheinlich, daß Rußland auf ein Abkommen mit China hingleie.

Dollar-Regen über Europa



Glasarbeiterausperrung

Im Bereich des Glasindustrieunternehmens Gruppe 4, ausfönd die Dete Demit-Thunig, Böhmswerda, Kadeberg, Kamenz und andere Orte, sind seit gestern die Glasarbeiter ausgeperrt, weil sie sich weigerten, die auf wolkere möglich eine Stunde Mehrarbeit zu leisten.

Reformistenhebe gegen die Rußland-Delegationen

Endlich haben die ADGB-Leute Stellung genommen zu den Rußland-Delegationen. In eine Notiz, die der Bezirksausschuss Sachsen des ADGB in der SPD-Preße erscheinen läßt, werden die Arbeiter aufgefordert, sich an den Sammlungen für die Rußland-Delegation nicht zu beteiligen. Obgleich die Frage der Rußland-Delegation schon monatelang in der Presse und in Betriebs- und Gewerkschaftssammlungen diskutiert wurde, nimmt erst jetzt, kurz vor der Abreise der Delegationen, der ADGB öffentlich Stellung dazu. Warum? Ein Artikel der „Arbeiterzeitung“ vom 7. Juni 1925 gibt darüber den näheren Aufschluß. In der Nummer 23 dieser Zeitung ist ein Artikel enthalten mit der Überschrift: „Sowjetrussische Betriebsratsauswahl“. Darin lassen einige Zitate aus diesem Artikel folgen:

„In das russische Dunkel kommt Licht. Was Politiker und Betriebsratsmitglieder bisher nicht gelungen ist, das werden deutschen Betriebsräten gelingen. Zweifelst jemand?“

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 23. Juni bringt kritisch einen Bericht über eine Münchener Betriebsratsversammlung, die mit großer Mehrheit die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland beschlossen hat.

Weiter unten heißt es dann:

„Aber die Sache scheint uns doch eine etwas ernstere Seite zu haben. Die kommunistische Propaganda wird in allen Mitteln angelegt, und durchaus nicht angeht. Die Vorbereitungen zu solchen Studienkommissionen sind offensichtlich an den verschiedensten Orten durchgeführt. An ihren Zustandkommen ist nicht zu zweifeln. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei scheinen ratlos — anders, falls wäre es nicht zu erklären, daß sich ihre Presse feierlich Kritik gestattet. In wenigen Monaten wird in Versammlungen und gedruckten Zeitungen ein Bild der russischen Betriebsräte entworfen werden. Die kommunistische Idee wird neue Nahrung bekommen, und ein neuer Aufschwung im Innern scheint in Vorbereitung. Uebrigens will uns scheinen, daß auch die Zeit eines solchen nicht ungünstig gewählt wird.“ Bis zum Herbst dürften die Kommissionen zurück sein. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sich bis dahin aber auch die jetzige Gewerkschaftspolitik in eine erste wirtschaftliche Krise auswirken. Dann finden die kommunistischen Wählerkreise fruchtbaren Boden, eine weitere Vorbereitung zur Weltrevolution, zumindest eine neue Revolutionierung der deutschen Arbeiterwelt wird sich leichter und müheloser durchführen lassen. Gegenüber einem so fein und sorgfältig eingeschalteten Plan heißt es auf der Hut zu sein. Die Zurückhaltung der Gewerkschaften dürfte weniger einem Einverständnis mit den Plänen von Sowjetrußland und den Betriebsräten entspringen, als vielmehr einer Furcht und Missetung. Umso bedenklicher aber ist das Unternehmen.“

Hier haben wirs also. Die Unternehmer wünschen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gegen die Rußland-Delegationen deutscher Arbeiter Front machen, und klugs führt der ADGB, den Befehl der Unternehmer aus. Der ADGB-Leute haben die Idee, daß die Arbeiter, die als Delegierte nach Rußland kommen, das bisherige Verhältnis der SPD- und der Gewerkschaftsbureaus über Sowjetrußland als eitel Lug und Trug erkennen und bei ihrer Rückkehr die deutschen Arbeiter über die wirklichen Verhältnisse in Rußland unterrichten könnten. Der Landesausschuss des ADGB entbiudet sich nicht, zu schreiben:

„Solche Delegationen, die ohne jeden Plan, lediglich auf Vernalassung irgendwelcher kommunistischer Instanzen, nach Rußland reisen, hat natürlich nicht in der Lage, die tatsächlichen Verhältnisse in Rußland kennenzulernen, sondern nur vorwiegend auf die Berichte der russischen Behörden angewiesen und können das nur sehen, was man ihnen zu zeigen beliebt.“

Damit bringen diese Leute zum Ausdruck, daß die Arbeiter, die als Delegierte nach Rußland fahren, lauter Dummköpfe seien und sich an der Rolle herumführen lassen. Doch das ist nicht das Schlimmste. Das Gemeinste an der Sache ist, daß man die russischen Behörden vorweist, daß sie die Delegierten nur dahin führen, was für die Sowjetregierung gerade bequem ist. Der Bericht, den die englische Gewerkschaftskommission herausgegeben hat, belehrt uns eines anderen. Darin heißt es auf Seite 26 im zweiten Abschnitt:

„Wir konnten ohne Schwierigkeiten die verschiedensten Meinungen hören. Jedes Mitglied der Delegation war berechtigt, alle Regierungsgebäude, Fabriken, Klubs, Krankenhäuser, Polizeistationen, Gefängnisse oder Privathäuser ohne Führung und unangemeldet zu besichtigen.“

Was der englischen Delegation zugestanden wurde, wird auch der deutschen Delegation zugestanden. Damit brechen die Verleumdungen der ADGB-Leute eben zusammen.

Wie schon gesagt, der Zweck der ADGB-Hebe ist, die Arbeiter davon zurückzuhalten, die wahren Verhältnisse Sowjetrußlands kennen zu lernen. Die SPD-Delegierten im Bezirk Erzgebirge-Bohland haben demgegenüber erklärt, daß sie mag kommen, was da wolle — sie auf alle Fälle der Delegation angeschlossen werden. Sie wollen sich selbst über die wahren Verhältnisse in Rußland überzeugen und den deutschen Arbeitern über die wirklichen Verhältnisse bei ihrer Rückkehr Bericht erstatten. Damit dürfte den beachtlichsten Absichten der Gewerkschaftsbureaus ein vernichtender Schlag verfehlt sein.

Die Deutschen der SPD glauben, wenn sie die Arbeiter anrufen, sich an den Sammlungen nicht zu beteiligen, daß sie dadurch die deutschen Delegation zugehen. Auch das wird ihnen nicht gelingen. Gerade erst recht, mit erhöhtem Eifer muß gesammelt werden in allen Betrieben und Gewerkschaften für die Rußland-Delegation.

Paras, Kolleginnen und Kollegen, aus Wer! Sammelt für die Rußland-Delegation!

Schickt sofort Sammelgelder für die Rußland-Delegation. Die vier städtischen Gewerkschaften haben am 8. Juli von Dresden ab. Da alle Gewerkschaften verpflichtet sind, muß der Unterhalt der Familien sichergestellt werden.

Arbeiterauswahl für Rußland-Delegation Offizieren.

Die Bürger-Justiz vor dem Landtage

Zeigner wird amnestiert — Klassenkämpfer bleiben im Zuchthaus — Rehabilitation der „Linken“

Sitzung vom 7. Juli

Zeigner wird freigelassen — Klassenkämpfer bleiben im Zuchthaus

Der Beginn der Sitzung steht noch im Zeichen der Auseinandersetzung der beiden Parteien im sozialdemokratischen Lager. Die Verhandlung über die Aufhebung des Verbotens ist noch nicht getroffen. Das zeigt sich bei der entscheidenden Geschäftsordnungsdebatte. Das Präsidium schlägt vor, zu dem am 2. Juli in der Tagesordnungspunkte noch 8 weitere zur Beratung zu stellen. Die kommunistische Landtagsfraktion verlangt den Auflassungsantrag, der vom Präsidium als letzter vorzugehen wird, als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu stellen. Gegen diesen Vorschlag wenden sich sämtliche Parteien. Von den Sozialdemokraten sowohl Rechte wie Linke. Die Parteien stimmen geschlossen gegen diesen Antrag. Während dem Verlauf der weiteren Tagung finden ununterbrochen Sitzungen der Sozialdemokraten statt, so daß das Haus fast vollständig leer ist.

Ohne Debatte werden eine Anzahl Etatposten, so über Arbeitslosen, Handel und Gewerbe und noch einige andere, angenommen.

Zur Beratung des Wohlfahrtskapitels lehnen sämtliche Parteien die kommunistischen Anträge auf Einziehung von 3½ Millionen Mark für Kindererziehung und 2 Millionen Mark zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ab. Dagegen werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten für die Deutsche Turnerleihe 60.000 Mark bewilligt.

Genosse Kerner begründet den Antrag auf

Amnestierung des Polizeipräsidenten Kühn

Er erklärt: Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten wurde am 20. u. 21. im Landtagsgebäude, in Privaträumen von Abgeordneten gehandelt. Das Vorhaben der Polizeibeamten, die Schranke und Papiere durchzusehen, ist ein Verstoß gegen die Verfassung und die Strafprozessordnung. Der sozialdemokratische Minister und der Polizeipräsident unternehmen diese lächerliche Sache gegen die Kommunisten, um bei ihren Auftraggebern gut ansehlicher zu sein. Die Sozialdemokraten zeigen sich immer mehr als die Hausrechtler der Reaktion.

Der Sozialdemokrat Franz erwidert dem Bericht zum Polizeipräsidenten.

Genosse Siewert spricht zum Polizeipräsidenten. Der militärische Charakter der Polizei beweist, daß ihre Rolle nichts mit Sicherheitsdienst zu tun hat. Die Militarisierungsbestrebungen zeigen deutlich, daß es sich hier um Militär handelt. Der Prüß findet in diesem Widerspruch gerade leitend der Polizeibeamten. Auf dem Verbandstag haben sich die Beamten entschieden gegen Militarisierung und Kameraderie gemeldet. Und auch gegen diese unzulässigen schweren Waffen, mit denen man die Polizisten behängt, wappten sich diese Beamten. Wenn man die Waffen dazu braucht, um die hungrigen Massen niederzuschlagen, so werden wir dagegen Stellung nehmen. (Die Deutschnationalen verteilen durch dumme Zwischenrufe die Maßnahmen des sozialdemokratischen Polizeiministers. Als einer ruft: „Die Waffen soll man wohl zur Aufbebung der Kommunisten übergeben?“ antwortet Genosse Siewert: „Sehr richtig! Die Kommunisten werden sie in viel werthvollerem und besseren Zweck verwenden.“ Genosse Siewert geht dann auf die lächerliche Frage der unteren Polizeibeamten ein, welche Beziehung, in den Kellern für einen gemeinsamen Raum hohe Meier, keinen Gedanken an einen Schuldenposten, kein Mitbestimmungsrecht. All das findet unteren Widerstand.

Wir werden die Forderungen der Polizeibeamten vertreten.

Andere Anträge sollen den Polizeibeamten Erleichterungen bringen. Die übrigen Maßnahmen der Regierung fordern unseren schärfsten Widerstand heraus. Die politische Polizei unter Führung von Spiehl, die Frontatete und die übrigen „Kellern“ werden doch nur gegen die Arbeiterklasse und die kommunistische Partei eingesetzt. Die Verkennung der Polizeibeamten zeigt, daß überall da, wo Sozialdemokraten an der Spitze stehen, diese in der unglücklichsten Form der Bourgeoisie zeigen, daß sie sehr gut deren Interessen zu vertreten gewillt sind. Die Kommunisten aber werden an die Beamten herangeführt, werden ihnen zeigen, wie sie mißbraucht werden, und wir sind überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch den Polizeibeamten klar zu machen.

Daß sie zur Arbeiterschaft gehören, daß sie Seite an Seite mit der Arbeiterschaft kämpfen müssen für die Befreiung dieser Gesellschaftsordnung.

(Brand links. Weitere Zitate bei den Deutschnationalen.) Der Sozialdemokrat Coston versucht, Beamtenfreundlichkeit zu zeigen, tritt aber für schwere Bewaffnung und Militarisierung ein.

Im weiteren Verlauf der Diskussion zeigt Genosse Kerner an Hand des Verhaltens des Polizeipräsidenten, welche erbärmliche Rolle diese sozialdemokratischen Staatsbeamten spielen.

Die Antwort des Ministers Max Müller war geradezu lächerlich. Er drückt es fertig, den Redner, den Genosse Kerner anlässlich des Verbotes der „Arbeiterstimme“ unterzeichnet hat, als Beweis für die Absichten der Kommunisten anzuführen, desgleichen einen Auszug aus dem Protokoll des Frankfurter Parteitag. In sehr höflicher Form wandte er sich dagegen an die Deutschnationalen und bat sie, ihre Beschwerden doch bei ihm persönlich vorzubringen.

Genosse Kerner erklärte vor Schluß der Debatte, daß er den Redner unterschreiben mußte, weil davon die Aufhebung

des Verbotes abhing. Gleichzeitig hätten wir nicht daran

den Großpapa der Deutschnationalen persönlich zu beleidigen.

(Zustimmendes Gelächter links.)

Im Schlußwort verteidigte der Ausschussberichterstatter Franz (Soz.) die Linie der Regierung vollständig und zeigte damit, daß die Sozialdemokraten wirklich gute Diener des Bürgermeisters sind.

Die Abstimmung ergibt natürlich Ablehnung sämtlicher kommunistischer Anträge.

Die ganze Einheitsliste von Seuffer bis Viehmann stimmte alle gegen die Forderungen der Polizeibeamten.

Die Mehrheitsanträge werden mit den Stimmen der linken Sozialdemokraten angenommen. Die Plattform der „Einigung“ wird festbar.

Der Antrag auf Amnestierung des Polizeipräsidenten Kühn wird von sämtlichen Gruppen des Bürgermeisters einstimmig der linken Sozialdemokraten abgelehnt!

Auch der bedingungslose Unterwerfung der Linken: Die „Opposition“ ist entlarvt.

Es folgt ein Antrag zur Gewährung von Darlehen an das unterleibende Hausgewerbe im Gebirge. Genosse Siewert weist auf die Notwendigkeit der Hilfe für die Hausindustrie hin. Er beantragt, die doppelte Summe diesem Zwecke zuzuwenden.

Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt. Die Vorlage wird angenommen.

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, den Gewerbetreibenden, die beim Bau der Hochleistungsbahn in Gering beschäftigt waren, den üblichen Tariflohn zu zahlen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Justiz-Gesand.

Der Berichterstatter Dr. Dehne erwidert sich natürlich gegen die kommunistischen Amnestie- und Strafnachlassanträge zum Justizetat.

Die Linken lassen durch Edel einen Antrag auf Begnadigung Zeigners und einen Erlaß einer Amnestie betreffend vertreten. Er teilte mit, daß ein Antrag bezüglich der Begnadigung Zeigners eingereicht worden sei, der erklärt, daß Zeigner bereits genügend bestraft sei und daß man ihn deshalb begnadigen könne. Dieser Antrag ist nicht angenommen.

Die linkssozialdemokratische Amnestie ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß der Reichstag bereits diese Amnestie vorbereitet hatte.

Edel erwidert, die Anträge des Ausschusses anzunehmen.

Zur Berichterstattung über die kommunistischen Anträge, die eine weitgehende Amnestie fordern, erhält Genosse Kerner das Wort. Nach einer ausführlichen und treffenden Begründung, in der die Notwendigkeit der Amnestie, die eine Volksforderung ist, hervorgehoben wurde, fordert Genosse Kerner, daß diesem weitgehenden Anträge zugestimmt werde, außerdem der Forderung einer Landesamnestie.

Der Deutschnationale Gündel tritt für Ablehnung der Amnestie als Berichterstatter des Ausschusses ein.

Genosse Diezschal begründet einen Antrag gegen mahlige Verhaftungen in Grimma. Dort sind Arbeiter ohne Angabe von Gründen verhaftet worden, obwohl schwere Krankheit ärztlich festgestellt war. Der Bericht der Frau wurde verweigert, Zeitungen wurden zurückgehalten. Einem Auszubildenden, der im Gefängnis Spindelweben lernte, hat die Polizei 50 M. ausgezahlt. Ein Arbeiter wurde entlassen, ohne daß irgend eine Begründung für das Verhalten gegeben wurde. Ein anderer Arbeiter wurde nach Berlin transportiert, ohne daß man dem Rechtsanwalt irgend welche Mitteilung machte. Dem Kranken wurde bisher keine Hilfe zuteil. Die Fraktion „Front“ ab dieses Vorgehen der Polizei von der Regierung gebietet wird, ob man gewillt ist, die Gesundheitsschäden des betreffenden Arbeiters zu erlösen.

Genosse Siewert stellt eine Anfrage, die sich ebenfalls gegen laienhaftes Vorgehen der Polizei richtet, den Gefangenen schlechte Nahrungsmittel verabreichen und nun den unter Verpflegungsercheinungen erkrankten Gefangenen natürlich keine Entschädigung zubilligt. Diese Fälle sind nicht etwa vereinzelt, der Abgeordnete Glombina ist jederzeit bereit, unter Eid auszusagen, daß er jederzeit mit verdorbenen Lebensmitteln im Gefängnis „betörtigt“ worden ist. Die Lebensmittel waren voller Würmer. Die Fraktion fragt, ob die Regierung gewillt ist, die Opfer der Vergiftung zu entschädigen, und ob sie bereit ist, diese Vorfälle ernstlich zu prüfen.

Bürger teilt zum Hof Zeigner mit, daß das Ministerium bereits beschloffen habe, Zeigner auf freien Fuß zu setzen.

Fänger hebt besonders hervor, daß Zeigner in sich gewonnen sei, er habe sich völlig der Justiz und Ordnung des Gefängnisses unterworfen und habe sich „belehrt“. Deshalb hat das Ministerium beschloffen, Ende August Zeigner zu entlassen.

Über keine Amnestie — Während man für den „gebeilerten“ Schwächling Zeigner Begnadigung übrig hat, weiß das Ministerium kategorisch eine Amnestie ab.

Die Klassenkämpfer werden also weiter hinter Justizhausmauern schmachten!

Auslösen und erbärmliche Schwächlinge erhalten das Erbarmen des Ministers. In unglücklichster Form verläßt der Minister,

müßig selbst mit den Stimmen der bürgerlichen Vertreter gefassten Beschlüsse für die damals dort untergebrachten Kinder einen Beitrag, entweder in Geld oder in Naturalien-geliefert. Es ist zweifellos ein Opfer, das von den freitaler Arbeitern gebracht wird, wenn sie sich bereit-erklärt haben, noch ein Kind auf sechs Wochen lang in Verpflegung zu nehmen. Um diesen armen Kindern, die in den allermeisten Fällen sehr armelich dastehen, auch einige Kleidungsstücke und Schuhwerk zu geben, veranstaltete die JAH eine Sammlung unter den freitaler Arbeitern. Die Ortsgruppe der JAH richtete aber gleichzeitig an das Stadtverordneten-Kollegium einen Antrag, für diese Kinder der JAH einen Betrag von 300 Mark als Hilfe für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die Sozialdemokraten, rechte wie „linke“, die in freitaler für jeden bürgerlichen Zweck Geld bewilligen und mit deren Zustimmung, abgesehen von wenigen Ausnahmen, beschloffen werden ist.

Schulkind zur Arbeit auf dem häßlichen Kilmegut heranzuziehen und zu beschäftigen.

lechten es natürlich ab, daß JAH diese lächerliche geringe Summe zu bewilligen. Derselbe Bürgermeister Kilmegut, der noch die Freidheit liebt, hat Sozialdemokrat zu nennen, und der im Rat dafür eintrat, das man

die Schulkind für drei Stunden am Tage mit einem Stundenlohn von 13 Pfennigen beschäftigen.

erklärte (red, der JAH bewilligen wir kein Geld!

Damit zeigte dieser Reich, wieviel er noch mit der Arbeiterklasse zu tun hat. Vollständig im Lager des Bürgermeisters

die bestaunten Arbeiter als gemeine Verbrecher hinzustellen. Er verlangt Ablehnung der Amnestieanträge. Er verläßt die Behauptungen in den kommunistischen Anträgen als nicht zureichend hinzustellen. Ueber die Verhaftungen erklärt er, daß er nichts damit zu tun habe, sondern daß der Staatsgerichtshof diese Maßnahmen durchgeführt habe.

Zu den Anträgen Abtreibung betreffend muß Bürger die Bestimmungen der Ministerregierung in Rußland als sehr gut und vernünftig anerkennen, nur sei er gegen eine ärztliche Abtreibung überhaupt, während die russische Regierung dafür ist; aber hauptsächlich sei er gegen Abtreibung durch Privatleute, und dagegen wende sich auch die Sozialregierung. Der Herr Justizminister hat dabei natürlich nicht die Begründung der Kommunisten, daß die Lage der arbeitenden Frau Abtreibungen notwendig macht, verstanden, und verläßt sie unter solcher Gesichtspunkten den Standpunkt unabweichend.

Gün del (deutschnational) läßt Sturm gegen die Begnadigung Zeigners und bringt in seinen Ausführungen Bilanz aus der von der Reaktion herausgegebenen Broschüre „Der Ausschluß Zeigners im Hause Komms“, die zeigt, wie weit gegenläufige persönliche Treiben zwischen den sozialdemokratischen Boyen gehen.

Er wendet sich gegen die Beeinflussung in schwerende Verhältnisse durch Ausübung parteigenösslicher Minister.

Er nimmt natürlich die Justiz gegen den Vorwurf der „Klassenjustiz“ in Schutz und erklärt, daß er sich freue, wie die Justiz arbeite und daß er hoffe, daß sie das weiter tue.

Besser kann diese Justiz nicht getuschelt werden, als durch die Verteidigung des deutschnationalen Schaftmochers.

Genosse Siewert zeigt deutlich die Oberflächlichkeit der Antwort des Justizministers auf die Anträge. Freilich, bei den Gefangenen Krankheiten herrschen, die übertragen werden sind, trotzdem die Gefangenen bei der Einlieferung untersucht werden. Nach der Einführung des neuen Strafvollzugs ist keine Abnahme der Beschwerden festzustellen. Die Beschwerdebücher heuchen keine besonders großen Anlässe zu haben,

mit kleinen Reibereien peinig man diese Gefangenen.

Genosse Siewert führt den Fall Langenberger, Bogen an, der die neue Strafvollzugsordnung seiner Vorteile als politischen Gefangenen bezaubt hat. Die Kommunisten haben aber behauptet, daß alle Beamten gegen die Gefangenen vorgehen. Im Gegenteil, der größte Teil der Beamten hat Verständnis für die Lage der Gefangenen, eben deshalb muß man sich gegen solche laienhaften Auswüchse wenden.

Wir glauben, daß ein sehr wichtiger Grund der Vorgang, das Kalkulatorien ist, noch dem Mitgefängenen und mehr Lebenserbrechern die Lust über die anderen Gefangenen übertragen wird. Diese benutzen ihre Macht in der unglücklichsten Weise. Dieses System muß abgeschafft werden. Genosse Siewert führt als Beispiel für raffinierte Qualmethoden den Fall eines Gefangenen in Hohened, der von einem sanitären Helfersarbeitsmeister in gemeiner Weise schikaniert wurde. Das angeführte Material bringt geradezu haarsträubende Umstände ans Tageslicht. Die Klassenjustiz besteht auf Grund historischer Notwendigkeit. Aber in Rußland herrscht eine

proletarische Klassenjustiz.

die offen als solche bezeichnet wird, während man hier heimlich den kapitalistischen Klassencharakter leugnet. Aber trotzdem ist das der Fall, und die Rechtsprechung beweist das am Genüge. Die Statistik der ungeheuer zahlreichen Begnadigungen ist nicht haltbar. Man hat viele Gesuche-abgelehnt mit der Begründung, es seien gemeine Verbrecher.

mährend gerade die Sprengstoffvergehen der politische Charakter sehr offen liegt.

Die Strafen für gewöhnliche Gehaltsminderungen bei Demonstrationen um sind gerade bei Arbeitern ungeheuer. „Kulturform“ ist plätschlich nachkommen. Trotzdem muß man den Leuten für Aufhebung der Ehrenstrafe, für Ergänzung der bedingten Begnadigung durch bedingte Beurteilung. Das Leben im Gefängnis besteht nicht.

Wahl der Richter durch das Volk

mühte man einem fortschrittlichen Lande eingeführt werden. Um aber den Armen Gutes zu geben, muß man Unentgeltlichkeit der Rechtspflege durchführen, ebenso eine Entschädigung für schädliche verhängte Untersuchungshaft. Genosse Siewert führt das Beispiel zweier Chemiker Genoffinnen an, die auf Spikelfeldung hin verhaftet wurden und nach acht bis sechs Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen wurden weil ihre Schuldlosigkeit erwiesen war. Nach einer ganzen Anzahl von Beispielen beweist die Notwendigkeit dieser Vorbeugung. Der Strafverfolgung in Sachen freuzt nicht auf das Ziel der Besserung und Erziehung, sondern seine Methoden widersprechen diesem Ziel. Der Vergleich mit dem Gefängniswesen in Rußland zeigt den großen Unterschied der Methoden. Das Justizkapitel lehnen wir natürlich aus den genannten Gründen ab. Der Justizminister kann auf Grund seiner Einstellung gar nicht anders handeln. Die Arbeiterklasse ist der Meinung, daß die

Justizminister Bürger der Volkstrotter der bürgerlichen Klassenjustiz

ist, vielleicht wird dem Herrn Minister einmal von seinen Opfern in einer anderen Situation das entgegengerufen werden.

Wir werden unsere Kraft dafür einsetzen, um auch hier andere Verhältnisse im Sinne der Ziele der Arbeiterklasse zu schaffen.

(Redhafter Franz links.)

Bei Schluß des Berichts dauert die Sitzung fort.

Freital

Eine lächerliche Unzulänglichkeit

Bürgermeister Kilmegut (Soz.) gegen die hungernden Arbeiterkinder

Wie der Hof gegen die Kommunisten bei den Sozialdemokraten vom Schlags der Kilmegut, Denk, Wähig und Konforten jedeswedes proletarischer Empfinden und soziales Verständnis abgetötet hat, zeigt ein Vorfall aus der letzten Stadtratsordnungs-Sitzung in Freital.

Die freitaler Ortsgruppe der JAH, die anlässlich der Fergarbeitslosenunterstützung, des Holzarbeiterkampfes und bei anderen Gelegenheiten die Kinder der kämpfenden Arbeiter forschradte und damit die kämpfenden Arbeiter unterstützte, hat zur Zeit ca. 60 Kinder der obersteilischen freitaler Arbeiterkinder hier in Freital untergebracht und fördert damit auch das Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Es kann dabei mit besonderer Freude festgehalten werden, daß selbst ein großer Teil einzelner Mitglieder der SPD und auch Funktionäre sich bereit erklärt haben, diese Kinder aufzunehmen. Die Mehrzahl der Mitglieder dieser ausgehungerten Kinder obersteilischer Arbeiter hat uns eben gesagt, Sozialdemokraten, die praktisch beweisen, daß sie mehr proletarisches Solidaritätsgefühl als die „lächerliche Unzulänglichkeit“ der sozialdemokratischen Bürgermeister Kilmegut. Die linken Gemeinden in der Gegend, in denen im Freital ein großer Teil freitaler Kinder von Hungernden, Holz- und Holzarbeitern untergebracht waren, haben sich nicht weigern lassen, und haben meistens auch ein-

stehend, selbst sich dieser „Sozialdemokrat“ nicht, durch die Erklärung der JAH zur Unterstützung der hungernden Kinder diese lächerlich geringe Summe vorzuenthalten.

Die Sozialdemokraten versuchen zunächst die Angelegenheit in den Wohlfahrtsausschuß zu verschleppen. Gen. Kormer sagte diesen feigen Furchen, was zu sagen war.

Darauf wurde beschloffen, prinzipiell 300 Mark zu bewilligen, und die Verteilung dieser Summe durch die Wohlfahrtspflege vornehmen zu lassen.

Wie nun der Feigheit für das Wohlfahrtswesen, Kilmegut diesen Bescheid ausführt, das werden wir bei anderer Gelegenheit zeigen, und damit den freitaler Arbeitern vor Augen führen, daß dieser „Sozialdemokrat“ das ist, als was wir ihn schon immer bezeichnet haben, ein Reaktionsär vom reinsten Wasser.

Ein Gegenbild der freitaler SPD.

Im Gemeindeparlament Gersdorf spielte sich eine lebhafte Debatte ab wegen der Kinder aus Schleien, die hier durch die JAH untergebracht sind. Die Ortsgruppe beantragte aus Gemeindegeldern 100 Mark für Einfinden der Kinder. Nach längerer Aussprache beantragten die Sozialdemokraten 200 M. für das Einfinden der Kinder aus Gemeindegeldern zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

„Gonful“ in Moskau

Von Michael Kolzow

Es sind ihrer drei dieser leiblichen Vögel, die in das altmoskauer Patriarchat gelassen kamen, wo die patriotische Bemalung der Wände überlegt ist durch die Verleumdung der Männer der großen Revolution.

Die Anklagebank hier und viele Orte drüben, in Preußen aber in Bayern, in den geheimnisvollen Festschlössern, in den feierlichen Aneipen und Ludenborffischen Städten binden diese drei Angeklagten aneinander. Dabei sind es drei verschiedene Typen, drei verschiedene Charaktere, die hier vor Gericht zur Geltung kommen.

Thodor Woltsch. Er ist rechts, allein, an der Wand. Er ist jung wie seine Genossen, aber trägt im Gegensatz zu ihnen einen würdigen, rötlichen Bart. Er ist ruhig, langhaarig und schweigsam. Er scheint nicht dumme und unerfahren zu sein. Man fühlt in ihm den Kompilator, den Terroristen, der schon in allerhand Situationen war. Vom Beginn des Prozesses an nahm er eine bestimmte, ausweichende Haltung an. Er leugnet alles, alles... auch seine Person. Solche Verweigerungen, hartnäckigen, ausgeprägten Agenten werden in diesen Ländern von der Polizei, ebenso wie von terroristischen Organisationen hoch geschätzt. Woltsch ist mit Institutionen verbunden und steht sicher mit beiden auf der rechten Seite verbunden und steht sicher mit beiden auf der rechten Seite.

Der dritte dieser traurigen Helden, Maxim von Dimitar. Er ist links, ebenfalls allein, an der Wand. Er ist ein Mann mit Selbstachtung, der auch die anständigen Forderungen auf der Anklagebank, Dimitar ist Konstantin des Reiches. Das ist die Jugend, die von ihm, vom Sozialismus, durch politischen Hofschupstapler bezaubert und verbergt wird! Das sind die Schachfiguren, die von den kalten Spielern der untergeordneten Reaktion erhaltungsgelassen sind und hergehoben und im Verborgenen geschickt werden. Die Dimitars sind menschlich aus besten Material für den Terror, aber zugleich auch ein geistliches Material. Das ist das Schwert, das seinen Träger treffen kann.

Warum die Leute nach Amerika ausgewandert sind?

Die Deutschen.

Ein Mann mit Selbstachtung wird zugeben, daß er aus einem Hause kommt, daß er keinen heimischen Herd vermissen hat, weil auf dem Familienbaum nicht genügend ehbare Äste zu sehen sind. Daher ist die Mehrheit der armen Leute, die nach Amerika ausgewandert, offenbar gekommen, um religiöser Befreiung zu erlangen.

Es kann allerdings auch nicht abgeleugnet werden, daß die Leute wegen religiöser Verfolgungen kamen, um Frieden und Lebensmittel unter den Feinden der amerikanischen Wildnis zu finden. Drückend hatte damals gerade einen Religionskrieg von dreißigjähriger Dauer durchgemacht. Die Frage, die zur Diskussion kam, war die: „Sollen Völkern und Stämme gemeinsam das arbeitende Volk ausplündern oder sollen die Adligen diese Arbeit ganz allein verrichten?“ Als diese religiösen Auseinandersetzungen beendet waren, da war Deutschland eine leuchtende Wildnis. Einen erfolgreichen Krieg hat es in der Geschichte des Christentums niemals gegeben. Es waren mehr Menschen getötet worden, verhungert oder an Epidemien gestorben, als in irgendeinem Krieg vor oder nachher. Als ein Argwohniges Beispiel für einen richtigen Krieg sollten sich die Völkerverträge der Kräfte dieser dreißigjährigen Kämpfe lassen. Die protestantischen Armeen legten die Obstdämme an, trieben das Vieh fort und brannten die Wohnstätten der Katholiken nieder und die katholische Armee tat das gleiche im Interesse der Protestanten. Wenn fromme Völker sich um Christen willen töten, ist es nur natürlich, daß auch unbeteiligte Zuschauer dabei Schaden erleiden.

Die Bevölkerung Deutschlands schrumpfte von sechzehn auf vier Millionen zusammen. Der Kannibalismus lehrte wieder. Die Soldaten mußten bewacht werden, um das darbenende Volk davon zu hindern, die an den Stricken haumelnden Leiden zu verhängen. Mütter mußten beobachtet werden, damit sie nicht ihre neugeborenen Kinder aßen. Die blühenden Städte glichen waren, hielten unbehelligt Herden wilder Völkern. Die Ueberlebenden litten ihren Hunger mit Gräsern, Wurzeln, Laub und Leichen, die man von den Friedhöfen kahl. Alles in allem: es war ein greschlicher Krieg, ein Krieg, der den Verfeindern des Militarismus zu immer neuen Inspirationen verhelfen kann.

Gelächeltes, verzerrt und verzerrt haben die unglücklichen Deutschen von verzerrten Feinden und brennenden Häusern geschrien nach Amerika, wo sie sich um den Preis einer Überfahrt nach der neuen Welt an Schiffskapitäne verdingten. So trieben die geistlichen und weltlichen Herrscher das Volk aus dem Vaterlande.

Die schottischen Iren.

Der nächste große Auswandererstrom kam aus Irland; es waren die schottischen Iren. Diese Leute hatten eine blühende Wolleindustrie aufgebaut. Ihre Erzeugnisse traten in Konkurrenz mit den englischen Fabrikaten hergestellten Wollewaren. Die englischen Kapitalisten erklärten, nicht mit den „Armeleute-Produkten“ Irlands konkurrieren zu können. Anstatt aber wie Gentlemen oder wie amerikanische Kapitalisten Schutzgölle zur Vernichtung ihrer Konkurrenten zu fordern, veranlaßten sie das britische Parlament, Maßnahmen zur Stilllegung der gesamten irischen Wolleindustrie zu ergreifen. Als dieses Verlangen im Jahre 1868 erfüllt wurde, verließen zehntausende von protestantischen Arbeitern aus Ulster ihre heimatlichen Wohnstätten und kamen nach Amerika.

Die Iren.

Unter dem Feudalismus gehörte das Land dem Lord und die Leibeigenen dem Lande. Wenn die Adligen ihr Land verkaufen wollten, mußten sie auch die Bevölkerung ihres Gebietes verkaufen, da auf den Feldern seiner Leibeigenen nichts zu tun war, durften die Leibeigenen für sich selber arbeiten, um sich ein wenig Nahrung und Lumpen zur Aufrechterhaltung des eigenen Lebens zu verschaffen, bis die Schloßglocke sie wieder zur Arbeit für den Herrn rief. Die armen Leute hatten nicht viel von ihrem freudlosen Leben; aber das Wenigste, was sie hatten, war bereits mehr als seine Gnaden, der Lord, gern gab. Und als die Schloßglocke zu einem lahmenden Erwerb wurde, da übergaben der Adel und viele der Adligen ihr Land den Schafen.

Die lieben kleinen Schafe brauchten keine kostspieligen Strogedeckten Hütten zum Wohnen. Sie waren nicht vermöhnt durch den Genuß von gutem Brot, das aus richtiger Kleie hergestellt werden mußte. Sie brauchten keine Lumpen, um sich vor Kälte zu schützen. Im Gegenteil, sie erzeugten mit ihren eigenen Leibern Kleider, reine Wolle, mehr als sie selber brauchten. Schafe stehen nicht gerade im Ruf, gute Kämpfer zu sein, aber diese Schafe haben gründlich und energisch eine ganze Schaar Völkern aus Irland verjagt.

Abd el Rim marschiert!

Abd el Rim bewegt sich nach einem gelungenen Durchbruchversuch in der Richtung des „Frankreichs“, soll sie gestellt werden, erlernt nunmehr einen heroischen Entschluß, nämlich die Sozialistenrepublik der Kammer werden nach Bewilligung der Kredite das Letzte mögen und sich persönlich an die Front melden mühen!

- Wir wünschen gute Reize,
- Heil und Sieg
- Für Herrn Renaudel und Von Blum!
- Es schmerzt ein bißchen, Messieurs,
- Nicht wahr?
- Der Bauer droht und der Arbeiter
- Faßt die Faust!
- Maroffa?
- Keine Regierung, außer in der Kammer
- Der Depewierten!
- Messieurs!
- Sie werden das Gewehr schon jenseits müssen.
- Für Frankreichs Ehre!
- Es seien Sie Ihren Kampf!
- Messieurs! Vorbereiten in Maroffa!
- Nicht wahr? Sie sind ein einziger
- Ein „Unbekannter Soldat“!
- Herr Renaudel?
- Vielleicht beurlauben Sie die Ministertine
- An der Peripherie der Partei?
- Poincaré — versichern Sie sich —
- Aber sollte Ehrenjungfrauen stellen,
- Bei Regierender, Herrschaft!
- Im Namen der 2. Internationale!

Bulgarien zu geben, sondern auch eine unparteiischere Analyse derselben. Er hält das umso mehr für erforderlich, als sich die bürgerliche Presse aller Länder zu einer „Verhöhnung“ des Schweigens aus Anlaß der terroristischen „Stabilisierung“ zusammengesetzt hat, welche Bulgarien gegenüber durchmacht.

Der Verfasser gibt einen historischen Überblick darüber, wie Jankoff durch Verhöhnungen, Gewalttaten, Morde und gefälschte Dokumente zur Macht kam, wie er Abrechnung hielt mit der Regierung Stambouliski und wie Jankoff mit Hilfe eines „erschreckenden Terrors“ die allerersten elementarsten Grundlagen der Demokratie niedertrat.

Der Verfasser geht gleichfalls ausführlich ein auf die Mordmorde an den Führern der Bauernpartei und den mazedonischen Führern. Der Broschüre sind Dokumente beigegeben, die beweisen, daß diese Morde von der Regierung organisiert wurden.

Der Verfasser beschreibt die Lage unter anderem wie folgt:

„Die Arbeiter und Bauern sind ihrer politischen wie wirtschaftlichen Organisationen — der Genossenschaften und Gewerkschaften — beraubt. Ueber 20 000 Männer und Frauen, darunter die Blüte der Intelligenz, mehrere tausend Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte und Geistliche sind, wie das durch den Befehl des Kriegsministers bewiesen ist, nicht im Lager des Kampfes ermordeet worden, sondern systematisch, kaltblütig nach einem ausgearbeiteten Plan.“

Die Explosion im Dom ist nur erklärlich als der Ausbruch eines vollkommen verzweifelten und vollkommen niedergeschlagenen Volkes.

Am 22. April, 6 Tage nachdem die Sozialisten und Regierungstruppen das allgemeine Blutbad begannen hatten, belief man in Auslandes Nachrichten, daß die Zahl der Verhafteten bereits 30 000 und die Zahl der Ermordeten bereits 4000 erreicht hatte.

Die Erklärung der englischen Parlamentarier, die sie sich in den kritischen Tagen in Sofia bekannnten, sind von niederschmetterndem Charakter, und dabei sind sie natürlich keinesfalls der Sympathien zum Kommunismus verdächtig. Was sie schreiben über die Grausamkeiten, die nach der Explosion eintraten — 1000 Verhaftungen und willkürliche Hinrichtungen, all dies hat sich im Verlauf von kaum 3 Tagen tatsächlich abgepielt und zwar in der Hauptstadt Sofia, gar nicht zu reden von der Provinz.“

Der Verfasser sieht das einzige Mittel zur Rettung des bulgarischen Volkes und zu Vermeidung neuer Kriege in der Errichtung des demokratischen Regimes in Bulgarien. Er fordert zum Schluß die humane Menschheit und die freie Presse auf, zu fordern, daß die Regierung Jankoff, die Regierung des Terrors und des Massenmordes einer freien demokratischen Regierung weicht.“

„Der Kampf um die Schule“, erschienen bei der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H., Berlin SW 61, Planer 17, 30 Seiten stark, Preis 20 Pfennig. Die kleine Schrift kommt gerade zur rechten Zeit, um die Arbeiterklasse aufzurufen zur Besinnung und Sammlung gegenüber dem Generalangriff der vereinigten Reaktion, auch auf die Schule: Konstantines Konföderat, Zerstückelung der Grundschule, drohendes Reichschulgesetz, Kirchenkonföderat, Regelung der Lehrerbildung nach dem Herzen der katholischen und evangelischen Dunkelmänner und der dahinterstehenden Bourgeoisie. Die Schrift enthält die Weimarer Verfassung als schwerstes Hindernis im Kampfe gegen die Pfaffenherrschaft und die Sozialdemokratie als Steigbügelhalterin auch der Sozialreaktion. Sie zerstört gründlich die Illusion, als seien die paar „weltlichen“ Sammelhüllen mit ihren christlichen Lehrern und ihrer „Neutralität“ im Klassenkampf Stopp auf dem Wege zur Weltlichkeit des Gesamtschulwesens. Dem Proletariat wird auch hier als einzige Rettung der Weg des russischen Proletariats gezeigt, wo unter proletarischer Diktatur Kirche und Schule zerfallen und die proletarische, weltliche Einheits-Arbeitsschule heranwächst. Die Schrift gehört in die Hand jedes Elternrats, Lehrers, Arbeiters und schulpolitischen Parlamentarier.“

Mittelalter

Die sozialdemokratische Presse „beweist“ uns täglich, daß wir das Vergnügen haben, in einer „freien demokratischen Republik“ zu leben. Wer es nicht glaubte, war eben ein niederträchtiger Vollschmeiß, der natürlich nur die erhabenen Heil- und Schiedemann herbeiziehen wollte. In den Behauptungen christlicher Sozialdemokraten muß man täglich zweifeln, wenn man folgende, in der Kolonialzeitung veröffentlichte „amtliche Anzeiger“ der Gemeinde Eichenheim in Baden liest:

Bekanntmachung!
Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß junge Mädchen unter 18 Jahren, welche abends nach dem Schulglocken auf der Straße ohne Grund angetroffen werden, mit 14tägigem Arrest bestraft werden.
Eichenheim, den 25. März 1925.
Hed. Ihselber, Katschler.“

Dah in der Anzeige „den 25. März 1925“ steht in kein Druckfehler.
Da lage noch einer, in der „freien demokratischen Republik“ werde die Moral und Sittlichkeit nicht gefährdet.

Um die Moral herum

Individualismus ist bei den meisten eine Schwäche und bedeutet: „Loh mich in Ruhe, ich mag nicht bewegen.“

Die Konfliktlosigkeit der proletarischen Seele scheint den vor lauter Konflikten nicht zum Handeln kommenden Zirkelstellen roh.

Viele Bürgergehen halten gut zusammen, weil der Dieb habet mit der Ehegattin nicht durchbrennen will.

Freiwillige verbergen sich oft hinter der Verwundung.

Am Fügen ist das Geschickliche, daß man selber glaubt, was man sagt und sich so sein Gehirn verkauft.

Für Regalität darf sein, wer die Gelehrte erzieht und die Macht hat, ihnen Geltung zu verschaffen.

Für den Bürger ist ein veränderter Geist der, welcher ihm sein Gehalt ruiniert, den lieben Gott und die überren Welt nicht abkämpft.

Das Regieren verdient sich in dem Augenblick, wo man gegen das Volk auftritt und unheimliche Verbrechen begeht.

Was geht in Bulgarien vor?

Der Appell eines bürgerlichen Journalisten

Unter dieser Ueberschrift hat der amerikanische Journalist Karl Kewse eine Broschüre herausgegeben, die insofern interessant ist, als sich der Verfasser im Vorwort als „Frei von jeglichen Parteipartikeln“ harrt und daß das Ziel heißt, nicht einen subjektiven Bericht über die jüngsten Vorgänge in

4 Gute Einkaufsquellen für die Arbeiter- und Beamtenschaft 4

In den Verbreitungsbezirken Königstein, Dohna, Berglehübel, Radeberg und der Lausitz

KÖNIGSTEIN	RADEBURG	SEIFENHERRSDORF	KÖNIGSBROCK
Erholung Eigene Fleischerei Ruhmbergstr. 150 B	Feine Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt billig Eduard Pöschel	Arthur Hertwig - Modewarenhaus Oberdorf, Hauptstraße	W. Buchold Markt 8 Strumpf- und Wiewaren
Mch. Hamisch Fleisch- und Wurstwaren Horn-Steig-Str. 135	Martin Schäfer, Modewarenhaus Zollstraße 78 B	Gasthof zur „Kanone“ Berta verw. Marschner / Kentschstr. 197 Vorzügl. Mittagstisch. Vereinszimmer	Alb. Herklotz Fleischereier Waldbacher Str. Feine Fleisch- und Wurstwarengesch.
NEUGERSDORF	Alle Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt billig Georg Schüke Zehrerstr.	Bruno Ohmann Nordstr. 508 B Lebensmittel und Tabak	Drogerie Helmuth Haase Schiffstraße 10 Seife • Seife • Seife
Deutsches Kaufhaus Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte Dohnaer Str. 20	Fleischerei Rich. Franze empfiehlt seine preiswerten Fleisch- und Wurstwaren	Emilie Sieber Oberdorf 888 Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte	Lebensmittelhaus ALFRED POHLERS empfiehlt preiswert in allen frischen Waren, Mehlsorten, Getreide, Kolonialwaren, Landes- produkte und Duffkassen
Alwin Dutschke Nachf. Erh. Krappach Neugersdorf i. Sa. Tüllwaren, Kasse, Weiß- und Wollwaren	Fleischerei Fritz Franze empfiehlt seine preiswerten Fleisch- und Wurstwaren	HIRSCHFELDE	Billige Lebensmittelquelle Felix Brächner, Markt 12 Bei Barzahlung 2% Rabatt
CENTRAL-DROGERIE Rudolf Behlmer Hauptstraße Photobildung Tel.: 24 201	G. W. Legler Inh.: Karl Oreller Kolonialwaren Sämereien	Fleischerei Erwin Wollmann Zittauer Str. 107 D empfiehlt seine preiswerten Fleisch- und Wurstwaren	Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung Markt 68 M. Zmywaczyk Tel. 15
Billige LEBENSMITTELQUELLE R. W. Kutschmann, Hauptstr. 203	Max Udoch Herren- und Knabenkleider Arbeitskleidung Inn. Lauenstraße 3	Modewarenhaus Anna Brächner Zittauer Str. 107 G Telephon 81	LEBENSMITTELHAUS R. Flammiger Nachf. Hauptstraße
Neugersdorfer Lichtspiele Inhaber W. Gröbe Bestklassige Programme Montag und Freitag Programmwechsel	BAUTZEN	Leser, kauft nur bei den Inserenten der Arbeiterstimme!	EIBAU
NIEDER-ODERWITZ	Silger, Seminarstraße 2 Leinen, Baumwollwaren Wäsche und Bettfedern	Alfr. Lehmann Brot- und Weißbäckerei Kornstraße 3	Kurt Peter, Drogenhandlg. Drogen - Farben - Kolonialwaren Hauptstr. 149 b
Rudolf Salchow Kolonialwaren Ruhmbergstr. 10	Ernst Löbert Schuhwarenhandlg./Besohlstatt Seminarstr. 6	Schuhwaren-Haus Franz Wactawik Kornstraße 4 Reparaturen aller Art.	Gustav Hinze, Hauptstr. Empfehlen seiner werten Kundschaft ämtl. Kolonialwaren, Delikatessen, Wein, Zigarren zu äußersten Preisen
Gasthof zum Hirsch Joh. Th. Oehlmann	Willy Eckert * Schokoladen an groz Seminarstr. 15, Ecke Geschwitzer Str.	Vogel, Gardinen, Wäsche, Wäschereier alle kaufen Sie gut preiswert bei KARL ERIK Kornmarkt 11	LOEBAU
Georg Kellmin Schuhwarenhaus Eigene Reparatur-Werkstatt	Cigarren H. LEHMANN Reichenstr. 2 Telephon 809	OTTO STEIN Hauptstraße Kerzen Kinderwagen	KARL EISNER Konfektionshaus f. Herren-, Damen- und Kinderbekleidung Kornstraße 8
Kolonialwaren-Handlung Hermann Siegler	Billige Lebensmittelquelle Gustav Scheidemann Hauptstraße 11	Rich. Frenzel Brot- und Weißbäckerei Vor dem Schützenort	F. Kunstmann Arbeits- und Berufskleidung - Schnitt-, Weiß- und Wollwaren - Prima böhmische Bettfedern Kornstraße 8
Max Steudner Schmitt-, Kurzwaren, Gardinen Damenkonfektion	Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt seine preiswerten Eugen Petrich, Kesselstr. 12	MAX SCHNEIDER HERREN- UND KNABENKONFEKTION ARBEITER BEKLEIDUNG SCHILLERSTRASSE 4 B	Max Krause, Lederhandlung Promenadenstraße 6
Bäckerei M. Schuster	Oskar Kotte, Kohlenhandlung befindet sich jetzt Geschwitzer Str. 8 (Hof) Tel. 1066	ALFRED HÖR Schuhwaren + Reparaturwerkstatt Große Auenstr. 8 gute Preise	REICHENAU
Ernst Horn Friseurgeschäft Hauptstraße 48	Görlitzer Schuhhaus Telephon 487 Cl. Jacobsohn Reichenstr. 20	KARL STEPHAN Spez. Strumpf-Geschäft Wendischer Graben 26	Billige Lebensmittelquelle Emil Behner Hauptstr. 469
Bäckerei Osw. Knobloch	Ernst Wagner Fleisch-, Wurst- und Aufschnittgeschäft Kaublerstraße 9	W. Nöhrig, Am Bahnhof 153 Fahrräder / Nähmaschinen Eigene Reparaturwerkstatt	Schuhwaren Ernst Marschall Hauptstr. 475. Eig. Reparaturwerkstatt
Restaurations- u. Materialwaren-geschäft Ad. Altmann	Damen-, Herren- und Kinderwäsche aller Art bei KARL MITBAUER Wäsche-Spezial-Geschäft Lammgraben 14 • Farnsd. 1114 • Kornmarkt 4	Möbel: Polsterwaren Spiegel i. Linoleum FRANZ MARSCHNER Nr. 212 G. Tel. 303	W. Nöhrig, Am Bahnhof 153 Fahrräder / Nähmaschinen Eigene Reparaturwerkstatt
Emil Jähne, Oberoderwitz Kolonialwaren, Wein und Drogen Kaffee-Größtererei	Günstigste Bezugsquelle Anna Kunack Reichenstraße 21 Lebensmittel- und Margarinehaus. Reelle Bedienung	Lebensmittel Brüchners Ww. Kaufh. Hauptstr. 488 Tel. 221	Gustav Meisel Elektr. Beleuchtung Hauptstr. 498 Tel. 300
EBBERSBACH	Carl Teich Fahrräder Nähmaschinen Eig. Reparatur- werkstatt	BISCHOPSWERDA	KAMENZ
Sämtliche Lebensmittel Wäsche, Tricotwaren, Strümpfe Paul Schneider, Hauptstr. 33	Paul Hummel Altmarkt SCHUHREPARATUR- WERKSTATT	Hüte, Mützen, Herrenartikel in größter Auswahl TEL. 88 HEINRICH DRACH Kirchstr. 1a	THAMS & GARFS Kolonialwaren + Konfitüren Ecke Herren- und Kirchstraße
PAUL LIEBSCHER Hauptstr. 32 b Fahrräder und Nähmaschinen ämtl. Reparaturen u. Ersatzteile	Alwin Wenzel Schmitt-, Weiss- und Wollwaren Berufskleidung, Wäsche, Gardinen Kaufstraße neben Wäcker Stammfabrik	Einkehrhaus „Felsenkeller“ Radfahrstation preiswerte ff. Biere Neustädter Str. 10	Johanna Rodjanska Fahrräder Spezialgeschäft für Schlangen und alle Arten Arbeitzeuge
Hermann Gänberlich Hauptstr. 31 Eigene Reparatur- werkstatt	E. Möbius Nachf. Kolonialwaren Haus- und Küchengeräte Zigarren-Spezialabteilung	Emma Rudolph Dohnaer Str. 46 Schmitt- und Weißwarengeschäft	

Sozialer Arbeiter in
1. Die
2. Die
3. Die
4. Die
5. Die
6. Die
7. Die
8. Die
9. Die
10. Die
11. Die
12. Die
13. Die
14. Die
15. Die
16. Die
17. Die
18. Die
19. Die
20. Die
21. Die
22. Die
23. Die
24. Die
25. Die
26. Die
27. Die
28. Die
29. Die
30. Die
31. Die
32. Die
33. Die
34. Die
35. Die
36. Die
37. Die
38. Die
39. Die
40. Die
41. Die
42. Die
43. Die
44. Die
45. Die
46. Die
47. Die
48. Die
49. Die
50. Die

Veranstaltungskalender

1. Juli (Freitag) **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, wichtige Funktionärversammlung im „Goldenen Reiter“ **Str. 34, Ed. Bischofsweg**. Wichtige Tagesordnung.

2. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, auf dem Schlossplatz 4 Uhr nachmittags. Jedes Mitglied hat zu erscheinen. Bringt gute Freunde und Freundinnen mit. Alle die Überbringer mitbringen!

3. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, wichtige Funktionärversammlung im „Goldenen Reiter“ **Str. 34, Ed. Bischofsweg**. Wichtige Tagesordnung.

4. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, wichtige Funktionärversammlung im „Goldenen Reiter“ **Str. 34, Ed. Bischofsweg**. Wichtige Tagesordnung.

5. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, wichtige Funktionärversammlung im „Goldenen Reiter“ **Str. 34, Ed. Bischofsweg**. Wichtige Tagesordnung.

Roter Frontkämpferbund

1. Abteilung (Süd-West), **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Bürgergarten. Da wichtige Tagesordnung, haben alle pünktlich zu erscheinen.

2. Abteilung (Süd-West), **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im „Stadt Freital“. Neuanmeldungen sind mitzubringen!

3. Abteilung (Süd-West), **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im „Stadt Freital“. Neuanmeldungen sind mitzubringen!

Arbeiter Sport

Sonderzug zur Dampfab

23.-24. Juli		28.-29. Juli	
9,14 nachm.	ab	9,40 nachm.	ab
9,21		9,21	
9,38		9,11	
9,40		9,04	
9,48		8,87	
10,15		8,86	
10,46		7,82	
11,06		7,34	
12,15 vorm.		8,68	
8,51 vorm.		9,90 nachm.	

Metallarbeiter rüstet zur Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress!

Wenige Tage trennen uns von den Wahlen zum Gewerkschaftskongress. Nach neuesten Bestimmungen dürfen nur 4 Namen auf die Stimmzettel geschrieben werden. Alle oppositionellen Metallarbeiter schreiben folgende Namen auf den Stimmzettel der Verwaltungsstelle Dresden:

Wolfgang Werner, Seibel und Kausman, Georg Luebig, Schenker, Karl Beyer, Schlenker (Erlgmann).

Die Kandidaten der Opposition im 4. Bezirk sind folgende Kollegen:

Arno Schwarz, Plauen, Martin Hoop, Bauhen, Paul Leifner, Zwickau (Eichentanne), Max Eichhorn, Riesa.

Nur diese Namen dürfen auf den Stimmzetteln zu lesen sein.

Bereinstalender

1. Abteilung (Süd-West), **Sonnabend**, den 11. Juli, 7 Uhr Stellen am Bürgergarten. Alle RFB- und Jungturmmittglieder haben pünktlich zur Stelle zu sein.

Freiheitsgruppe **Neu- und Antonstadt**, **Sonntag**, den 12. Juli, vorm. 10 Uhr im Jugendheim, Oppelstr. 12, 1. Mitgliederversammlung. Bericht von der Bezirks-Delegiertenversammlung und Wahl der Delegierten zur Hauptversammlung nach Riesa. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

28. Beitragswoche ist fällig.

1. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, im Rathaus Volkshaus. Funktionäre müssen erscheinen.

2. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, im Rathaus Volkshaus. Funktionäre müssen erscheinen.

3. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, im Rathaus Volkshaus. Funktionäre müssen erscheinen.

4. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, im Rathaus Volkshaus. Funktionäre müssen erscheinen.

5. Juli **Reisebüro** **Mittwoch**, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, im Rathaus Volkshaus. Funktionäre müssen erscheinen.

Theater am Wasaplatz

Wegen Umbaus bis auf weiteres geschlossen!

Tymians Täglich

Das Thalia-8 Uhr

einziges wirkliche Theater

Volksoper Dresden

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Mein **Saison - Ausverkauf**

Beginn am 15. - 28. Juli

bietet Ihnen infolge der ganz bedeutend herabgesetzten Preise außerordentliche Vorteile

Schuhhaus W. Colditz

Kötzschenbroda, Meißner Str. 93

Drogen- u. Photohandlung

B. Knauth Nachfolger

Elbstr. 4 - Meissen - Elbstr. 4

2 Ps. Flottweg-Motorräder

Mars-Fahrräder

Anker-Nähmaschinen

Reparaturen fachgemäß und preiswert

Adolf Binder, Mechaniker-Meister

Meißen, Niederstraße, 45

Turn- u. Sportkleidung

gut und billig

H. Quasdorf, Kötzschenbroda,

Hauptstraße 11.

Emil Trübenbach

Brand-Erbisdorf

Eisenwaren :: Werkzeuge Haus- und Küchengeräte

Th. Richter

Inh. Kurt Richter Brand-Erbisdorf

Möbelmagazin

Porzellan / Glas / Steingut Eisenwaren / Werkzeuge Haus- und Küchengeräte.

Fritz Baumann

SEIFENSPEZIALGESCHÄFT

Parfums, Kern- und Toiletteseifen Spezialität: Seifenstücke

BRAND-ERBISDORF I. Sa.

1837 Hauptstraße Nr. 187

Elysium Räcknitz

Donnerstag

Großes Blumenballfest

Sensation der Vogelwiese!

Str. 9, Ecke 6 u. d. Sachsenhalle

dress. kalifornische Seelöwen

Überlassen alles Über das was man an Schand und Drosselieren

Nicht in Sekunden zu verwechseln

Waltendes Dressenschau darf niemand versäumen!

Achtung! **Achtung!**

Vogelwiese 1925

gegenüber d. Nürnberger Brauwerksglocklein

Str. 2 **Str. 2**

Treff

im Schanzel zum Fischen Franz

Es laden hiermit alle Vogelwiesensbesucher freundlichst ein

Paul Koch u. Frau

Arbeiterstimme

Bestellungen

auf die

„Arbeiterstimme“

und alle Arbeiterliteratur nimmt entgegen

Max Frick, Rodau 14

Brennmaterialien

aller Art empfiehlt

Löbnitzer Fuhrwesen

für Kötzschenbroda und Umgegend

Rudolf Höppner

Kötzschenbroda, Güterholstr. 9 - Tel. 92

Achtung! **Achtung!**

Billige solide Schuhwaren

mit unterm Ladenpreis! Auch auf Teilzahlung! Zahlung von 2 M. an Barzahlung 10% Rabatt

Arbeiterinnen u. Arbeiter, benützt diese günstige Gelegenheit Euren Schuhbedarf bei Genossen zu decken. Keine Ramschwaren, nur erstklassiges Qualitätsleder.

Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderschuh, Sandalen, Hausschuhen, Stiefeln und Arbeiterschuh.

Kein Laden, daher geringe Spesen.

Fr. H. Kutter

Ebersbach i. Sa., Schulstr. 800

Möbel

aller Art liefert billig

Möbel-Machts

Raubschtr. 81

Ed. Bischofsweg

Werbt

für die **Arbeiterstimme!**

Korbwaren

Wachstuchdecken, Linoleum, Woll-, Schnitt- u. Weißwaren

empfehlen billig

Georg Gerber

Brand-Erbisdorf, Markt

Alle Fleisch- und Wurstwaren

empfehlen billig

Arthur Thiele

Brand-Erbisdorf

Großhartmannsdorfer Straße

Franz Trexler

Meißner-Fabrikation und Pauschhaber-Versand

Brand-Erbisdorf, Färberstr. 137

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Rick, Kranz, Brand-Erbisdorf